

**Wahlprogramm der Berliner SPD für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus**

**Verantwortung für Berlin**

**10 Antworten zur Zukunft der Stadt**

**Präambel: Verantwortung für Berlin**

Berlin hat bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit Maßstäbe gesetzt. Berlin ist die Hauptstadt aller Menschen in Deutschland geworden. Auch die innere Einheit der Stadt ist vorangekommen. Der Wiederaufbau der Stadt ist weitgehend abgeschlossen.

Als die Berlinerinnen und Berliner sich im Ostteil der Stadt 1989 auf ihre eigene Kraft besannen und ihre Zukunft selbst in die Hand nahmen, haben sie die Chance eröffnet, diesen Teil unserer Stadt zu sanieren. Auf die gemeinsame Aufbauleistung können wir heute alle stolz sein.

Die Berliner SPD hat seit der Wiedervereinigung Regierungsverantwortung getragen. Sie hat den Prozess des Zusammenwachsens mitgestaltet und die großen Entscheidungen wie den Regierungsumzug mitbestimmt. Die Berliner SPD hat als erste Partei in Berlin die Herausforderung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung angenommen.

In der großen Koalition konnten im Interesse der Stadt eine Vielzahl von wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Die große Koalition hat viel für Berlin geleistet. Ihre politische Begründung lag darin, auch schwierige strukturelle Entscheidungen mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens durchzusetzen.

Mit der Bankenkrise hat sich die Haushaltssituation des Landes Berlin dramatisch verschärft. Zugleich wurde deutlich, dass die CDU weder handlungsfähig noch erneuerungswillig ist. Die vielfältige Verquickung von politischer und wirtschaftlicher Macht zeigt: Die CDU ist nicht nur unfähig und unwillig, die Probleme der Stadt anzugehen, sie ist selbst ein Teil des Problems.

In dieser Situation hat die Berliner SPD Verantwortung für Berlin übernommen und eine handlungsfähige Regierung gebildet. Jetzt geht es darum, so schnell wie möglich Neuwahlen durchzuführen, um der Stadt mit einem demokratisch legitimierten Neuanfang wieder eine Zukunftsperspektive zu geben.

Ein Neuanfang aus eigener Kraft heißt, dass wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Ressourcen mobilisieren und die Solidarität einfordern, um seriöse und soziale Lösungswege aus der Haushaltskrise gehen zu können. Die Berliner SPD wird den Neuanfang mit einer realistischen Bilanz beginnen, politische Prioritäten definieren und sozialen Schieflagen entgegenwirken.

Ein Neuanfang aus eigener Kraft erfordert, dass die Ursachen und Verursacher der aktuellen Haushaltsnotlage ermittelt und soweit wie möglich in die Pflicht genommen werden. Wir müssen die Verfilzung von Politik und Wirtschaft ohne Ansehen von Parteizugehörigkeiten aufklären und beenden. Die langjährigen Konsolidierungsbemühungen und –opfer aller Berlinerinnen und Berliner dürfen nicht durch die Aktivitäten Weniger unterlaufen und zunichte gemacht werden.

Ein Neuanfang aus eigener Kraft heißt, dass sich die Berlinerinnen und Berliner auf die gemeinsamen Interessen und Kräfte besinnen. Wer Ost gegen West oder West gegen Ost ausspielt, spaltet die Stadt

## **Beschlußprotokoll a.o. Landesparteitag am 8. Juli 2001      Seite 2**

und opfert die Erfolge der letzten Jahre einem kurzfristigen und egoistischen Kalkül. Die Berliner SPD ist den Interessen der Menschen in der ganzen Stadt verpflichtet und wird jeder Form der Ausgrenzung entgentreten.

Den Neuanfang aus eigener Kraft angehen heißt auch, sich seiner Stärken besinnen: Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Berlin hat Zukunft.

Berlin übt eine große Anziehungskraft aus. Immer mehr Menschen interessieren sich für Berlin. Unternehmungslustige und kreative Menschen entscheiden sich, nach Berlin zu gehen. Es gibt keinen spannenderen Ort in Deutschland. Die Vielfalt und die Qualität der Kulturlandschaft, eine kreative und liberale Bürgerschaft, eine liebenswürdige Urbanität sind die Gründe für diese Anziehungskraft. Berlin ist die einzige Stadt, die Ost und West durch den unterschiedlichen Erfahrungsschatz der Menschen vereinigt. Ihre Lage in der Mitte Europas weist der Stadt eine Brückenfunktion zwischen dem Westen und den jungen Demokratien in Osteuropa zu.

Die Berliner SPD wird diese Stärken nutzen und weiterentwickeln. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Stadt, um den Berlinerinnen und Berlinern und ihren Kindern eine Zukunftsperspektive geben zu können. Konsolidieren, um wieder investieren zu können, sparen *für* und nicht *an* unseren Kindern: das sind Grundsätze sozialdemokratischer Finanzpolitik.

Berlin braucht wieder eine starke soziale Kraft, die das neue und alte Berlin, die Ost und West zusammenhält. Berlin braucht eine Regierung, die handelt. Die SPD will die Verantwortung für die Stadt übernehmen, um die Stadt zukunftsfähig zu machen. Aus eigener Kraft. Dafür stehen wir!

## **1. Sanieren und Zukunft gestalten**

Geordnete Finanzen entscheiden über die Zukunftsfähigkeit Berlins. Anfang der 90er Jahre musste viel investiert werden. Neue Wohnungen, Brücken, Straßen und Bahnverbindungen, neue Schulen - die wiedervereinigte Stadt unternahm große Anstrengungen zur Wiederherstellung einer gemeinsamen Infrastruktur. Als sichtbar wurde, dass das prognostizierte Wachstum ausbleiben würde und die Kürzung der Berlin-Subventionen tiefe Spuren hinterlässt, sind zwar Kurskorrekturen vorgenommen worden. Eine grundlegende Wende in der Finanzpolitik blieb jedoch aus.

Erst ab Mitte der 90er Jahre setzte die SPD eine konsequente Politik der Sparsamkeit durch - mit vielen Widerständen und doch mit anerkanntem Erfolg. Ein wichtiges und glaubwürdiges Markenzeichen der SPD ist seitdem ihre Politik der Haushaltskonsolidierung.

Durch die Bankenkrise hat sich die finanzielle Situation des Landes Berlin dramatisch verschärft. Die Konsolidierungsbemühungen wurden leichtfertig verspielt. Die Verquickung von Bankgeschäften und Politik haben den Finanzen und dem Ruf der Stadt schweren Schaden zugefügt. Die CDU-Spendenaffäre in Verbindung mit der Bankenkrise belastet Berlin zusätzlich mit mindestens 600 Mio. DM jährlich.

Die Finanzkrise des Landes Berlin zu lösen, wird die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre. Die Schulden haben den Handlungsspielraum der Politik dramatisch eingeschränkt. Täglich muss Berlin über elf Mio. DM allein an Zinsen zahlen. Das heißt konkret, mit diesen Zinszahlungen könnten jeden Tag fünf Schulen saniert werden.

Berlin muss die Finanzprobleme in den Griff bekommen. Wir wollen einen Sanierungsplan für die gesamte Wahlperiode vorlegen und gleichzeitig dort investieren, wo es um Zukunftsprojekte geht. Zielsetzung bleibt, bis 2009 die Nettokreditaufnahme auf Null zurückzuführen. Sozial sanieren und die Zukunft gestalten ist unser Programm.

Die Sparpolitik wird nicht ohne Einschnitte und Verzicht erfolgreich sein. Die Finanzen Berlins für die Zukunft in Ordnung zu bringen, wird nur gelingen, wenn alle mitmachen. Sparen ist nicht allein Sache der Politik, sondern verlangt nach der Anstrengung aller. Wir wollen unser Sanierungs- und Zukunftsprogramm auf eine möglichst breite Grundlage stellen und die Kreativität vieler einbeziehen.

Die Finanzen sanieren heißt für uns nicht, Einschränkungen vorzunehmen, die die Zukunftsfähigkeit Berlins und die Lebenschancen der Menschen gefährden. Staatliche Handlungsfähigkeit muss erhalten bleiben. Finanzen sanieren bedeutet: Heute Reformen wagen, um morgen sicher leben zu können. Soziale Finanzpolitik heißt für uns, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache. Unser Sanierungsprogramm wird die Zukunft nicht verbauen, sondern die Zukunft gestalten.

Ausgaben zu senken und Einnahmen zu erhöhen wird nur gelingen, wenn die heutige Finanz- und Wirtschaftspolitik dazu beiträgt, Arbeit zu schaffen. Wenn mehr Menschen Arbeit haben, sinken die staatlichen Unterstützungsleistungen.

Wir wollen die Kosten der Bürokratie weiter abbauen. Vieles ist erreicht: Das Abgeordnetenhaus, die Bezirksverordnetenversammlungen, der Senat wurden verkleinert, die Anzahl der Bezirke reduziert. Der öffentliche Dienst hat seit 1990 über 50.000 Stellen finanzwirksam abgebaut. Wir müssen weiter die Kosten in der Verwaltung senken. Der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss gerade in dieser schwierigen Situation optimiert und flexibel gehandhabt werden können. Wer von der Sicherheit des öffentlichen Dienstes profitiert, muss sich dort einsetzen lassen, wo das Land ihn braucht.

Im Rahmen des Sanierungsplans müssen wir die Personalausgaben um eine weitere Milliarde DM senken. Dafür müssen die Kosten von 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst eingespart werden. Dazu braucht Berlin einen Solidarpakt im öffentlichen Dienst, den wir mit den Gewerkschaften gemeinsam erarbeiten wollen. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Altersteilzeit, Job-Rotation und andere innovative Arbeitszeitmodelle haben in der Wirtschaft viele Arbeitsplätze gerettet. Diese Modelle können auch in der Verwaltung Kosten senken und Beschäftigung sichern. Es wird keine Lösung ohne Einschnitte geben, aber niemand soll um seinen Arbeitsplatz fürchten müssen.

Wir werden bei allen Sparmaßnahmen im personellen Bereich die staatlichen Kernaufgaben von Justiz und Polizei gewährleisten.

Eine gute Sozialpolitik ist immer auch aktive Arbeitsmarktpolitik. Dafür wollen wir alle Instrumente nutzen, um Arbeitslosen und vor allem jungen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern Arbeits- und Ausbildungsangebote zu machen. So können die Ausgaben im Bereich Sozialhilfe auf das notwendigste Maß begrenzt werden.

Wir werden Vieles, das geplant wurde, nicht mehr sofort realisieren können. Die Streichung der U-Bahnlinie vom Alexanderplatz zum Lehrter Bahnhof ist ein Beispiel dafür. Wir werden das Vorhandene pflegen anstatt Neues zu bauen.

Neben einer strikten Ausgabendisziplin steht die Verbesserung der Einnahmen für den Landeshaushalt an. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentlichen Betriebe streng nach Wirtschaftlichkeitskriterien geführt werden. Die Bankenkrise ist wesentlich durch persönliche Verflechtungen verursacht worden. Wir wollen eine klare Trennung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Wir werden keinen Missbrauch öffentlicher Unternehmen durch Personalkungeleien dulden.

Wir werden darauf achten, die Erlöse bei der Aktivierung von Liegenschaften und Beteiligungen im Interesse Berlins zu verbessern. Die notwendige Kostenreduktion im Öffentlichen Personennahverkehr verlangt nach einer Zusammenführung von BVG und S-Bahn. Wir wollen Verwaltungsvorschriften und andere bürokratische Hemmnisse abbauen, um Investitionen zu fördern und die Wirtschaftskraft der Stadt zu stärken.

Die Sanierung der Berliner Finanzen ist ein steiniger Weg. Einschnitte und Zumutungen können nicht vermieden werden, wenn der Weg erfolgreich sein soll. Aber: Die Berlinerinnen und Berliner haben ganz andere Krisen gemeistert. Gemeinsam werden wir es schaffen, Berlins Zukunft zu sichern.

### **2. Investitionen fördern und Arbeit schaffen**

Berlin hat seit der Wende einen fundamentalen Wandel seiner wirtschaftlichen Basis durchgemacht. Dabei sind mehr Arbeitsplätze in der alten Industrie verloren gegangen als neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, im Medien- und Kommunikationsbereich und in den Zukunftstechnologien geschaffen werden konnten.

Den Strukturwandel zu nutzen, um eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Basis für die Berliner Wirtschaft zu schaffen, ist unser Hauptanliegen.

Wir wollen, dass die Menschen in Berlin Arbeit finden: Dazu brauchen wir das Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern und eine stärkere Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist wesentlicher Bestandteil einer effektiven Wirtschaftspolitik und unterstützt die Unternehmen bei der Bewältigung des Strukturwandels. Darum werden wir eine Qualifizierungs-

## **Beschlußprotokoll a.o. Landesparteitag am 8. Juli 2001      Seite 5**

fensive einleiten und Qualifizieren, Aktivieren, Trainieren und Vermitteln in das Zentrum unserer Arbeitsmarktpolitik stellen.

Wir werden unsere Anstrengungen darauf richten, Existenzgründungen zu unterstützen und die Wirtschaftsförderung als Querschnittsaufgabe zur Bestandspflege und Neuansiedlung von Unternehmen stärken.

Fördermittel sollen schwerpunktmäßig für die wirtschaftsnahe Infrastruktur eingesetzt werden, vor allem um den arbeitsplatzintensiven kleinen und mittleren Unternehmen stabile Entwicklungschancen zu geben. Wir werden die Verbindung von Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen fördern. Dabei liegt der Schwerpunkt bei der Informations- und Kommunikationstechnik, der Bio- und der Medizintechnik.

Der Regierende Bürgermeister wird der Akquisition von Betriebsansiedlungen Priorität einräumen und sie zu seinem persönlichen Anliegen machen.

Wir werden den Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg International in Schönefeld voranbringen, um die geplante Inbetriebnahme im Jahr 2007 zu sichern. Der Flughafen wird ein Aktivposten der Stadt im Wettbewerb der Standorte sein. An der Schließung der innerstädtischen Flughäfen Tegel und Tempelhof halten wir fest.

### **3. Allen Kindern und Jugendlichen Chancen geben**

Zukunft braucht Bildung und Wissenschaft. Bildung und Wissenschaft sind in unserer Wissensgesellschaft wesentliche Voraussetzungen für gesellschaftlichen Fortschritt, für das Gelingen von Demokratie, für wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Sicherheit.

Jugend ist unsere Zukunft. Deshalb werden wir die Bildungs-, Jugend- und Familienpolitik in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Auch in Zeiten knapper Kassen hat Bildung Priorität: Wir sparen für die Jugend, nicht an der Jugend.

Chancengleichheit sichern, Begabungen fördern und Wettbewerb anregen - das sind die Ziele der Berliner SPD, um den Bildungsstandort Berlin zu stärken und zukunftsfähig zu machen.

Chancengleichheit ist das Leitprinzip sozialdemokratischer Bildungspolitik. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf die bestmögliche Ausbildung. Leistung fordern und fördern - die Berliner Schule muss so ausgestattet sein, dass sie diesem Anspruch gerecht wird. Sie muss allen Kindern und Jugendlichen den Schulabschluss ermöglichen, der ihren individuellen Begabungen entspricht. Dies schließt auch die Förderung Hochbegabter ein.

Eine Gesellschaft, die tatenlos zusieht, wenn über 12 Prozent der Jugendlichen keinen Schulabschluss erreichen, ist weder gerecht noch nutzt sie die gesellschaftlichen Potenziale.

Weil qualifizierte berufliche Bildung auf hohem Niveau die Zukunftschancen von Jugendlichen sichert, soll jeder Jugendliche die Möglichkeit erhalten, in eine Berufsausbildung oder eine Maßnahme der Berufsvorbereitung einzutreten.

Die neuen Herausforderungen der Wissensgesellschaft, der technologische Fortschritt und veränderte gesellschaftliche Bedingungen wie die Auflösung herkömmlicher Familienstrukturen, mangelnde Wertevermittlung sowie Sprachdefizite erfordern verstärkte Investitionen in Kindertagesstätten und Schulen.

Unser Hauptanliegen ist, die gewachsene Bedeutung von Schule in der Wissensgesellschaft und als Sozialinstanz zu fördern. Das Niveau in der Schule muss auf europäische Standards angehoben werden. Das wichtigste Anliegen ist, stufenweise Ganztagschulen einzurichten. Dabei sollen zunächst Gebiete mit besonderen Problemstrukturen Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Wir wollen Ganztagsangebote in Krippen und Kindertagesstätten ausweiten. Dabei dürfen Kosten kein Hinderungsgrund für Eltern sein, ihre Kinder in Kitas zu bringen.
- Wir werden mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.
- Das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm wird fortgesetzt.
- Wir wollen die Schuleingangsphase und die Dauer der ersten Grundschuljahre flexibilisieren, um den unterschiedlichen Begabungen der Kinder gerecht zu werden.
- Die sechsjährige Grundschule wird stufenweise durch Formen der inneren und äußeren Differenzierung ergänzt. Dabei sollen die einzelnen Grundschulen über das jeweilige Differenzierungsmodell im Rahmen einer Bandbreite entscheiden.
- Die Schulzeit bis zum Abitur soll auf 12 Jahre verkürzt werden. Voraussetzung hierfür sind die Beibehaltung des bisherigen inhaltlichen Angebots, die Straffung der Lehrpläne, zahlreiche Ganztagsangebote sowie die gleichzeitige Sicherung der Anschlussfähigkeit und Durchgängigkeit der verschiedenen Bildungsgänge bis zum Abitur. Die besonderen Bedingungen der Gesamtschule und der Oberstufenzentren sind dabei zu berücksichtigen.
- In Schulen in sozial benachteiligten Gebieten bzw. mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunft wird die Schülerzahl in den Klassen abgesenkt.
- Schulen werden eine größere Selbständigkeit erhalten; wir wollen Qualität sichern und einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulen.
- Die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung soll weiterhin gesichert werden.
- Die Verzahnung von Jugendhilfe und Schule werden wir im Interesse einer ganzheitlichen Sicht auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen weiter vorantreiben.

Alle Kinder müssen die deutsche Sprache beherrschen. Angebote an Sprachkursen für Kinder und Eltern nichtdeutscher Herkunft werden ausgebaut.

#### **4. In Köpfe investieren**

Berlin muss seine wissenschaftlichen Potenziale besser nutzen. Mit den Hochschulverträgen existiert ein wirksames Instrument, das Planungssicherheit schafft. Zur weiteren Qualifizierung des Hochschulstandortes Berlin wollen wir:

- Die praxisnahe Hochschulausbildung stärken. Hierbei liegt der Schwerpunkt bei der Fachhochschulausbildung.

- Die Ausbildungszeiten kürzen. Wir wollen eine Studienreform, die das Studium effektiver und kürzer gestaltet.
- Den Transfer zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft optimieren, um neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.
- In der Hochschulausbildung die naturwissenschaftlich-technischen Bereiche verstärken, um so den Anforderungen des Arbeitsmarktes besser entsprechen zu können.
- Die Weiterbildung im Berufsleben fördern. Hochschulen und Berufsschulen müssen ein breites Weiterbildungsangebot bereitstellen.

## **5. Familien stärken**

Familien bedürfen der positiven Unterstützung durch die Politik. Dies gilt für Alleinerziehende genauso wie für "klassische" Familien mit Vater, Mutter und Kind(ern).

Wir brauchen aber auch einen Wandel in der gesellschaftlichen Akzeptanz der Familie, der Berufstätigkeit von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Familienarbeit. Nur so werden wir ein Klima schaffen, das jungen Menschen wieder Mut zur Familie macht.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten durch die Kindergelderhöhung, die gesetzlich geregelte Elternzeit, die Erhöhung der steuerlichen Freibeträge und durch das Teilzeitgesetz wichtige Maßnahmen zur Familienförderung auf den Weg gebracht. Eine moderne Familienpolitik steht vor allem vor der Herausforderung, dem Bedürfnis vieler Frauen nach Erwerbstätigkeit gerecht zu werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die wichtigste Säule der Familienpolitik.

Auch aus diesem Grund hat sich die Berliner SPD für die Wahlperiode das Ziel gesetzt, das Angebot an Ganztagschulen in Berlin deutlich zu erweitern. Ganztagschulen sind eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie. Keine Frau und kein Mann soll vor der Alternative Beruf oder Familie stehen.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, welche Rolle künftig Elternhaus und Familie, Schulen und Jugendeinrichtungen, Medien, Sportvereine, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften bei der Bildung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen übernehmen sollen. Alle müssen beteiligt sein. Auch die Verantwortung der Eltern ist zu stärken und einzufordern. Der Staat soll dort helfen, wo Eltern nicht mehr in der Lage sind, der Verantwortung gegenüber ihren Kindern nachzukommen.

Berlin soll eine Stadt der Familien werden. Dafür wird sich die Berliner SPD einsetzen.

## **6. Berlin - Stadt zum Leben**

Berlin ist eine kreative Stadt, Berlin hat trotz Zerstörung und Teilung seine Urbanität bewahrt. Berlin ist reich, trotz Finanzkrise und Schuldenberg. Berlin ist die Stadt in Deutschland, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe und unterschiedlichen Glaubens ihr Leben frei gestalten.

Wir wollen ein Gemeinwesen, das von allen in Anspruch genommen werden kann, die Unterstützung und Hilfe brauchen. Soziale Gerechtigkeit stellt sich von selbst nicht ein. Sie muss Zielstellung staatlichen Handelns bleiben.

Wir wollen, dass privates Geld für privates Eigentum verwandt wird und öffentliche Gelder für öffentliches Eigentum. Öffentliche Einrichtungen, Schulen und Kitas, Parks und Plätze werden Vorrang haben vor der Förderung privater Maßnahmen.

Wir werden der sozialen Spaltung der Stadt entgegenwirken. Wir wollen eine Politik der neuen Nachbarschaften. Wir werden weiterhin der sozialen Entmischung entgegengetreten, indem wir Quartiere aufwerten und attraktiv gestalten.

Mit der Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe werden wir insbesondere die Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus stabilisieren. Wir werden das Quartiersmanagement verstärkt fördern und die Menschen in den Quartieren zum Mitmachen motivieren.

## **7. Raum für Kunst und Kultur**

Kunst und Kultur gehören zum wesentlichen Kapital Berlins. Von den Opern und Theatern über die Museumslandschaft bis hin zu dem breiten Spektrum der bildenden Kunst, von den Film- und Fernsehproduktionen bis zur freien Kulturszene. Berlin ist stolz auf seine Künstlerinnen und Künstler.

Auch und gerade unter den schwierigen finanziellen Bedingungen geht es darum, den Rahmen für Kunst und Kultur in Berlin zu sichern. Dazu werden wir die Bereitschaft von allen Beteiligten einfordern, ihren Beitrag zu einem sparsamen und zielgerichteten Einsatz der Mittel zu leisten. Wir werden prüfen, welche staatlich geführten Kulturinstitutionen in eine selbständige Rechtsform überführt werden können.

Wir werden die großen Institutionen reformieren, damit ausreichend Mittel für Kunst und Kultur in anderen Bereichen zur Verfügung stehen. Wir werden in gemeinsamen Anstrengungen mit den Betroffenen alle Möglichkeiten ausschöpfen, auch mit knappen Mitteln das Kulturangebot der Stadt zu erweitern.

Wir suchen den Dialog mit Bund und Ländern, um gemeinsam das nationale Kulturerbe in Berlin zu bewahren und zu entwickeln.

Gemeinsam mit dem Land Brandenburg wollen wir den Film- und Medienstandort ausbauen, um die Vorteile Berlins und der Region im Wettbewerb mit anderen Medienstandorten besser zu nutzen.

## **8. Eine Stadt für die Menschen**

Wir wollen keine Politik von oben herab machen, sondern auf die Ansprüche der Menschen hören und dafür sorgen, dass sie ihre individuellen Lebensvorstellungen verwirklichen können.

Wir wollen die Demokratie bewahren und entwickeln. Wir wollen eine breite Diskussion über die Zukunft der Stadt. Wir wollen die politische Teilhabe von Männern und Frauen, von Jungen und Alten aus allen Gruppen der Bevölkerung, eine Beteiligung auf allen Ebenen der Politik. Wir setzen uns aktiv für ein tatsächlich gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen ein.

Wir wollen den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger mobilisieren. Wir wollen in den Bezirken und Quartieren Menschen für die Gestaltung ihres Wohn- und Geschäftsumfeldes gewinnen.

Die Stadt hat nur Zukunft, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihr identifizieren, sich in ihr wohl fühlen und sich für sie engagieren. Deshalb werden wir das freiwillige bürgerschaftliche Engagement

unterstützen und die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verbessern.

Wir laden die klugen und engagierten Köpfe aus Kunst und Kultur, Wissenschaft und Medien, aus Unternehmen und Institutionen ein zum Dialog über die Zukunft der Stadt und der Gesellschaft.

Wir rufen die Berlinerinnen und Berliner auf, sich in die Gestaltung der Gesellschaft einzumischen.

Berlin ist international. Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht-deutscher Herkunft tragen zur kulturellen Vielfalt und zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Heute leben Menschen aus über 180 Staaten in Berlin. Wir treten ein für eine Integrationspolitik, die die Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation eröffnet.

Wir wollen die liberale und tolerante Stadt. Wir treten für ein friedliches Zusammenleben ein, für Achtung und Toleranz. Wir kämpfen dafür, dass in Berlin rechtsradikales Gedankengut keine Chance hat, gesellschaftsfähig zu werden.

### 9. Die Einheit der Stadt vollenden

Berlin ist seit über einem Jahrzehnt wieder *eine* Stadt. Vieles ist in dieser Stadt geschaffen worden, um die Folgen der Teilung zu überwinden: von den sichtbaren baulichen Anstrengungen bis zu den vielen Maßnahmen, in der jahrzehntelang geteilten Stadt gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Wir wollen neue Spaltungen in der Stadt verhindern und treten allen Versuchen entgegen, die leidvolle Teilung Berlins für die eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Im vollen Bewusstsein ihrer Geschichte werden wir die Chancen für eine Zukunft in innerer Einheit ergreifen.

Wir wollen eine Angleichung der Lebensqualität in allen Bezirken, in Ost und West. Wir wollen Brücken bauen zwischen den unterschiedlichen Biographien, zwischen den sozialen Gruppen, zwischen den Geschlechtern und Generationen. Die Einheit in der Vielfalt zu vollenden ist unser Ziel.

### 10. Sie entscheiden!

Die Berliner SPD will nach den Neuwahlen einen Senat des politischen Neuanfangs. Wir fangen nicht von vorn, aber neu an.

Eine erneute Koalition mit der CDU ist für die Berliner SPD nach dieser Wahl ausgeschlossen. Die CDU hat dokumentiert, dass sie nicht regierungsfähig ist. Sie will mit ihrem Wahlkampf die Stadt über ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung erneut spalten. Sie ist verbraucht und hat für die Entwicklung der Stadt wenig beizutragen.

Wir sind für alle anderen Optionen offen, die die Wählerinnen und Wähler durch ihr Votum für eine Regierungsbildung ermöglichen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vergessen nicht, was in der Vergangenheit geschehen ist. Wir haben von niemandem Belehrungen über unsere Geschichte nötig. Wir haben es stets mit Willy Brandt gehalten - im Zweifel ist die Freiheit das Wichtigste.

Die Entwicklung hat gezeigt, dass die innere Einheit schwieriger verläuft als viele gedacht haben. Die PDS muss sich endlich der Verantwortung für ihre Geschichte stellen, sich zu den Fehlern und Verletzungen der Menschenrechte bekennen. Wir streben keine Koalition mit der PDS an, schließen aber nicht mehr aus, sie in die politische Verantwortung einzubeziehen.

## **Beschlußprotokoll a.o. Landesparteitag am 8. Juli 2001 Seite 10**

Wir wollen die stärkste politische Kraft in Berlin werden. Klaus Wowereit ist als Regierender Bürgermeister der richtige Mann, die Mauer in den Köpfen zu überwinden und die Berlinerinnen und Berliner mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen zusammenzubringen. Wir wollen Brücken bauen, die die Menschen verbinden, um gemeinsam das vereinte Berlin zu schaffen.

Jetzt sind die Wählerinnen und Wähler gefragt. Sie entscheiden!